

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 28.02.2011  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:58 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Robert Helpenstell  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel  
Herr Harald Schlee  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion PETO**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Herr Andreas Piana  
Frau Lisa Riedel  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Jens Timmermann bis TOP ö 5  
Herr Sven Timmermann  
Frau Sabine Weber

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alaattin Bayrak  
Herr Jens Geyer  
Herr Werner Goller  
Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlöber  
Herr Alexander Schumacher

ab TOP ö 4

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm  
Herr Dr. Norbert Stapper

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

### **Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Herr Martin Frömmer  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Uwe Trost  
Herr Thomas Waters

### **Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

### **MfM**

Frau Lilo Friedrich

### **Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

### **von der Verwaltung**

Frau Annette Berg  
Frau Gisela Herforth  
Herr Georg Mittmann  
Herr Gerhard Mühler  
Herr Georg Thomanek  
Frau Marion Warden

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 11. Sitzung des Rates am 20.01.2011 - öffentlicher Teil -
3. Sportstättenkonzept - Variantenentscheidung VIII/0491
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner  
Die Sitzung des Rates wird um 18:00 Uhr bzw. nach Beendigung der Beratung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen.
5. Umgestaltung des Busbahnhofes und Rathausplatzes VIII/0474
6. Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts VIII/0471
7. Schenkung des Fördervereins der Peter-Ustinov-Gesamtschule VIII/0484
8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Weiterführung der Workshoparbeit zum Thema Rheinbogen" VIII/0502
9. Bestimmung von Nachfolgern für den stellvertretenden Ausschussvorsitz durch die SPD-Fraktion VIII/0504
10. Mündliche Mitteilungen
- 10.1. Mitteilung der Verwaltung zu der Anfrage des RH Goldmann - CDU - "Zaunanlage des Sportplatzes an der Sandstraße"
11. Mündliche Anfragen
- 11.1. Anfrage des Ratsherren Bosbach - CDU - "Halteverbot vor dem Gebäude der BSM an der Daimlerstraße"
- 11.2. Anfrage des Ratsherren Schlee - CDU - "Fertigstellungstermin des Kreisverkehrs an der Oranienburger Straße"
- 11.3. Anfrage des Ratsherren Poell - B90/Grüne - "Sachstand Aufstellung des Fotoautomaten im Bürgerbüro"
- 11.4. Anfrage des Ratsherren König - CDU - "Ausrichtung der Schilder am Schilderbaum Städtepartnerschaften"

- 11.5. Anfrage des Ratsherren Nieswand - SPD - "Müllansammlung auf dem Bolzplatz im Grünzug Brandenburger Allee"
- 11.6. Anfrage des Ratsherren Nieswand - SPD - "Zaunanlage an der Bushaltestelle Erich-Klausener-Straße"

## SITZUNGSERGEBNIS:

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 12. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass Frau Lilo Friedrich - MfM - und Herr Benjamin Kenzler - Linke - entschuldigt fehlen. Frau Schlößer wird verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Er weist darauf hin, dass die Sitzung des Rates um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (TOP 4) unterbrochen werde.

#### **2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 11. Sitzung des Rates am 20.01.2011 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

#### **3 Sportstättenkonzept - Variantenentscheidung Vorlage: VIII/0491**

Der Bürgermeister führt mit Rückblick auf den Werdegang des Sportstättenkonzeptes in die Beratung der Vorlage ein und erteilt für weitergehende Ausführungen Herrn Trost das Wort.

Herr Trost stellt eingehend die geprüften Varianten 1 – 4 vor und erklärt abschließend, dass die Verwaltung die Variante 2 (Nordvariante, kleinräumige Verlagerung der BSA von der Bregenzer Straße in den geplanten Siedlungsbereich Baumberg-Ost) zur Beschlussfassung vorschlägt.

Im Anschluss ergibt sich eine langwierige und kontrovers geführte Diskussion

zwischen den Fraktionen. Auslöser hierfür ist u.a. der Alternativvorschlag von Herrn Bossmann (im Anschluss „Alternativvorschlag“ genannt), der heute durch den Verfasser allen Ratsmitgliedern zugeleitet wurde.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt eingangs ihres Wortbeitrages, dass eine Einzelabstimmung über die jeweiligen Punkte des Beschlussvorschlages beantragt werde. Ihre Fraktion halte den Vorschlag von Herrn Bossmann durchaus für zielführend, da diese Alternative die wirtschaftlichste und planungsrechtlich am schnellsten realisierbare Lösung ohne Umlegungsverfahren sei und sie beantrage deshalb namens ihrer Fraktion, auch über den „Alternativvorschlag“ abstimmen zu lassen.

Auf die Frage eines Ratsmitgliedes der CDU-Fraktion, wie die Verwaltung die nach seiner Rechnung fehlenden Mittel in Höhe von rund 600.000 EUR für die komplette Durchführung des Sportstättenkonzeptes aufbringen wolle, antwortet der Bürgermeister, dass diese Mittel, die in der ursprünglichen Planung als Folgekostenbeitrag erwirtschaftet worden wären, jetzt möglichst aus dem Umlegungsverfahren erwirtschaftet werden müssten.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen erklärt, dass ihre Fraktion die Variante 1 für die kostengünstigste hält und diese favorisiere, zumal auch diese Variante dem „Alternativvorschlag“ am nächsten komme, dem man durchaus positiv gegenüber stehe. Nach Ansicht ihrer Fraktion sei die unterschiedliche Prüfintensität bei den vier Varianten zu bemängeln.

Der Bürgermeister führt unter Hinweis auf das vorliegende Lärmgutachten aus, dass bei Variante 1 die Beispielbarkeit und Nutzungsintensität nicht in ausreichendem Maße gegeben sei und sie deshalb nicht weiter verfolgt würde. Er weist ergänzend zu dem „Alternativvorschlag“ darauf hin, dass ein Großteil der für die Bebauung mit 100 Wohneinheiten ausgewiesenen Fläche außerhalb des in der Regionalplanung festgesetzten allgemeinen Siedlungsbereiches liege. Baurecht könne für dieses Grundstück ohne Änderung nicht erlangt werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 15 Minuten. Erklärend führt er aus, dass eingehendere Beratungen über den Alternativvorschlag erforderlich seien, wenn auch hierüber entsprechend dem Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt werden solle.

#### **Abstimmung über Sitzungsunterbrechung: einstimmig**

Die Sitzung wird von 17:38 Uhr bis 17:55 Uhr unterbrochen.

Im Verlauf der sich anschließenden Diskussion machen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen ihre unterschiedlichen Positionen sowohl zu den Variantenvorschlägen der Verwaltung als auch dem „Alternativvorschlag“ deutlich.

Besonders kritisch wird von der CDU-Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen die Notwendigkeit eines Umlegungsverfahrens bei der von der Verwaltung favorisierten Nordvariante gesehen. Dieses berge nach ihrer Auffassung unkalkulierbare Risiken. Außerdem wird bemängelt, dass keine konkreten Kostendarstellungen

bzw. –angaben zur weiteren Finanzierung der Maßnahmen vorlägen. Auch wird angezweifelt, dass die Nordvariante die kostengünstigere sei, zumal hier Kosten in Höhe von 300.000 EUR nur für ein Provisorium entstünden. Diese Kosten könnten bei Durchführung der Variante 1 „eingespart“ werden.

Bevor der Bürgermeister Herrn Waters um eine kurze Erläuterung zum Inhalt und Ablauf des sich abzeichnenden Umlegungsverfahrens bittet, stellt er hinsichtlich der vorherigen Einlassungen zum Umlegungsthema klar, dass sich der erhoffte zusätzliche Umlegungsvorteil derzeit nicht genau beziffern lasse und zur Bemessung von Grundstückserwerbskosten zunächst entsprechende Bewertungsgutachten durch den Gutachterausschuss einzuholen wären. Er weist ergänzend darauf hin, dass die Verwaltung mit dem heutigen Beschlussvorschlag nicht um einen Baubeschluss ersuche, sondern die Verwaltung durch den Rat damit beauftragt werden solle in die anstehenden Planverfahren einzusteigen, um damit Antworten auf alle anstehenden Fragen zu liefern. Es sei nicht zu erwarten, dass die Verwaltung schon heute alle die Zahlen und Daten hätte ermittelt haben können, deren Bemessung und Bewertung dem Umlegungsausschuss obliege. Der heutige Beschlussvorschlag sei erst der Auftakt für den Einstieg in die konkreten weiteren Planverfahren. Abschließend skizziert er einen hierfür denkbaren Zeitplan und räumliche Inhalte des sich anbietenden Umlegungsgebietes. Anschließend erteilt er Herrn Waters das Wort, der darauf hin die technischen Abläufe eines Umlegungsverfahrens eingehend erläutert.

Im Anschluss hieran äußert der Bürgermeister sein Unverständnis über die Art und Weise der Einreichung des Alternativvorschlages, der spekulative Angaben hinsichtlich der zu erwirtschaftenden Einnahmen enthalte und weist auf weitere Unwägbarkeiten in diesem Antrag hin. Die dort aufgestellten Behauptungen hätten bei einer so kurzfristigen Einreichung nicht überprüft werden können.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt mit Hinweis auf die umfangreichen Ausführungen in der Verwaltungsvorlage, dass ihre Fraktion aus hinlänglich bekannten Gründen weiterhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützen werde. Der heute vorgestellte Alternativvorschlag enthalte nach Auffassung ihrer Fraktion zu viele Fiktionen und Probleme und werde deshalb nicht unterstützt.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion weiterhin das Sportstättenkonzept entsprechend der Verwaltungsvorlage unterstützen werde. Mit der Variante 2 komme man dem Interesse der Sportler nach einer schnellen Lösung am besten nach. Der Alternativvorschlag sei mit den nicht nachprüfaren Behauptungen nicht schlüssig und finde nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Nachdem ein Redner der CDU-Fraktion die Vorteile des Alternativvorschlages herausgestellt hat, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass die Alternative die Zustimmung seiner Fraktion erhalte. Neben der finanziell besten Lösung wird als Grund die hohe Befriedungsfunktion und die kurzfristige Umsetzbarkeit der Planung genannt.

Im Anschluss an die Redebeiträge von Rednern von CDU, B90/Die Grünen und FDP, in denen nochmals die bestehenden Vorteile des Alternativvorschlages herausgestellt wurden, beantragt ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen geheime

Abstimmung.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion beantragt im Anschluss daran eine erneute Sitzungsunterbrechung, um sich vor der Abstimmung nochmals über die im bisherigen Verlauf der Diskussion ausgetauschten Argumente zu beraten.

### **Abstimmung über Sitzungsunterbrechung: einstimmig**

Die Sitzung wird von 19:10 Uhr bis 19:34 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederbeginn der Sitzung führt die Sprecherin der PETO-Fraktion als Erwiderung auf die Ausführungen des Sprechers der CDU-Fraktion, der den Alternativvorschlag positiver als die Variante 2 der Verwaltung darstellte, nochmals die Vorteile dieser Variante heraus. Unter Berücksichtigung der gegebenen Voraussetzungen stelle diese, insbesondere im Hinblick auf die Belange der Sportler, die beste Lösung dar.

Ein Mitglied der PETO-Fraktion stellt, bevor dem Sprecher der CDU-Fraktion das Wort erteilt wird, einen Geschäftsordnungsantrag und beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Bürgermeister gibt die noch vorliegenden Wortmeldungen bekannt.

Als Gegenrede erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion vehement, dass es sich hierbei um ganz schlechten Stil handle, wenn durch solche Geschäftsordnungsanträge anderen Rednern das Wort abgeschnitten werde, insbesondere wenn es sich um nicht genehme Wortmeldungen anderer Fraktionen handle.

### **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag: „Ende der Rednerliste“**

**12 Ja-Stimmen (PETO)**

**26 Nein-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 3 FDP, 3 B90/Die Grünen)**

### **mehrheitlich abgelehnt**

Die Sitzung wird mit einer offenen Rednerliste weitergeführt.

Im weiteren Verlauf der heftig und kontrovers geführten Diskussion machen die Redner der Fraktionen nochmals ihre unterschiedlichen Positionen deutlich und streichen nochmals die Vorteile der nach ihrer Auffassung jeweils besten Variante hervor. Es wird deutlich gemacht, dass jede der heute vorgestellten und eingehend beratenen Varianten ihre Vor- und Nachteile habe.

Bevor der Bürgermeister nach dem Ende der Debatte zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen auf geheime Abstimmung aufruft, formuliert und konkretisiert er in Abstimmung mit der Sprecherin der antragstellenden FDP-Fraktion (und weiteren Befürwortern der Bossmann-Alternative) deren Alternativantrag wie folgt:

"Sanierung der bestehenden Bezirkssportanlage in der Bregenzer Straße (entsprechend der Variante 1 der Verwaltung) und parallele Entwicklung eines Bebauungsplanverfahrens für 100 Wohneinheiten im Bereich von Baumberg-Ost."

Er schlägt vor, dass über die jetzt zur Abstimmung stehenden Vorschläge

a) Punkte 1 - 3 aus der Beschlussvorlage der Verwaltung  
und

b) Antrag der FDP-Fraktion wie vorstehend formuliert

jeweils en bloc und nicht - wie eingangs der Diskussion von der FDP-Fraktion beantragt - Punkt für Punkt,

geheim abgestimmt werden solle.

Da es keine Differenzen zu Punkt 4 der Beschlussvorlage gegeben habe, schlage er hier offene Abstimmung vor.

Gegen dieses durch den Bürgermeister vorgeschlagene Abstimmungsverfahren ergeben sich keine Bedenken.

**Abstimmung über den Antrag auf geheime Abstimmung:**

(erforderlich sind mindestens 9 Ratsmitglieder)

**18 Ja-Stimmen (12 CDU, 3 FDP, 3 B90/Die Grünen)**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung in den Punkten 1 - 3 wird zur geheimen Abstimmung gestellt.

Stimmzettel mit den Vorschlägen „dafür“, „dagegen“ oder „Enthaltung“ werden an die Ratsmitglieder, die in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe aufgerufen werden, ausgegeben.

Zur Auszählung der Stimmen werden die Ratsmitglieder Robert Helpenstell - CDU -, Max Riedel - PETO - und Alexander Schumacher - SPD - benannt.

Nach Auszählung der Stimmen verkündet der Bürgermeister das Abstimmungsergebnis:

**39 abgegebene gültige Stimmen, davon**

**21 Ja-Stimmen**

**18 Nein-Stimmen**

**Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu den Punkten 1 - 3 ist damit mehrheitlich angenommen.** Die Abstimmung über den Gegenvorschlag erübrigt sich damit.

**Offene Abstimmung über den Punkt 4 der Verwaltungsvorlage:**

**36 Ja-Stimmen (12 PETO, 12 CDU, 8 SPD, 3 FDP, 1 BM)**

**3 Enthaltungen (B90/Die Grünen)**

**Beschluss**

Der Ratsbeschluss vom 23.03.2010 zu TOP 20, Sportstättenkonzept (Vorlagen-Nr. VIII/0187) wird wie folgt abgeändert:



1. Zur Sicherstellung eines geordneten Trainings- und Spielbetriebes bis zur endgültigen Verlagerung der Bezirkssportanlage (BSA) Bregenzer Straße (siehe Beschlussvorschlag zu 3.) wird der Tennenbelag des Fußballfeldes auf der derzeitigen BSA Baumberg in 2011 durch einen Kunstrasenbelag ersetzt. Die erforderlichen Mittel für die Herstellung eines Kunstrasenbelages auf der BSA in Höhe von 300.000 € werden im Haushalt 2011/Teilfinanzplan B bereitgestellt.
2. Der Bau eines Kleinspielfeldes im Rheinstadion und der Ersatz der Umkleiden im Heinrich-Häck-Stadion erfolgen im Jahr 2014. Die Finanzierung ist im Rahmen der Finanzplanung/Teilfinanzplan B vorzusehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen planungs- und ggf. auch bodenordnungsrechtlichen Voraussetzungen zu einer endgültigen Verlagerung der BSA Baumberg in den geplanten Siedlungsbereich Baumberg-Ost (Nordvariante) zu schaffen bzw. die hierfür jeweils notwendigen Maßnahmen und/oder verfahrensrechtlichen Schritte einzuleiten.
4. Die eingeleiteten Planverfahren zur Sicherung von Sportentwicklungsflächen am Kielsgraben werden fortgeführt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass Herr Jens Timmermann sich für den weiteren Verlauf der Sitzung entschuldigt habe.

**4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**  
**Die Sitzung des Rates wird um 18:00 Uhr bzw. nach Beendigung der Beratung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen.**

1. Herr Bossmann fragt an, wieso sein heutiger Alternativvorschlag zum Sportstättenkonzept u.a. mit dem Hinweis auf Inanspruchnahme von Bauflächen außerhalb des allgemeinen Siedlungsbereiches abgelehnt wurde, in einer Planvariante der Verwaltung, dies aber so vorgesehen war.

Der BM antwortet auf die Frage von Herrn Bossmann dahingehend, wonach in der ursprünglichen Planung auch ein kleiner Teil Wohnbebauung außerhalb des allgemeinen Siedlungsbereichs vorgesehen worden war. Eine Verschiebung des Bereiches für Wohnbebauung sei allerdings im Verlauf des Bebauungsplanverfahrens vorgenommen worden.

Die im Alternativvorschlag von Herrn Bossmann vorgesehen Wohnbauflächen, die nicht im allgemeinen Siedlungsbereich liegen würden, seien vom Umfang her wesentlich größer als die in der ursprünglichen Planung der Verwaltung. Um diese Planung umzusetzen, sei zwingend eine veränderte Regionalplanung notwendig gewesen.

Zu der weiteren Frage von Herrn Bossmann wie viele Alternativvorschläge noch gemacht werden müssten, um zu einer gütlichen Lösung zu kommen, erklärt der

Bürgermeister, dass mit der jetzt vorgestellten und beschlossenen Nordvariante, die Forderungen von Herrn Bossmann nach dem Freihalten des Kirchengrundstückes und eines von Bebauung freizuhaltenden Streifens zwischen vorhandener Bebauung des Österreichviertels und dem Neuverser Hof eingehalten würden.

2. Zu der Anfrage eines Bürgers, wann mit dem Umbau der Bezirkssportanlage zu rechnen sei, teilt der Bürgermeister mit, dass in der nächsten Sitzung des Rates am 6. April der Haushaltplan verabschiedet werde, in dem im Teilfinanzplan B, die für den Ausbau erforderlichen Mittel i.H.v. 300.000 EUR bereitgestellt würden. Nach der Genehmigung des Kreises für den Teilfinanzplan B, mit der ungefähr vier Wochen nach dem Beschluss über den Haushaltplan sicher gerechnet werde, werde mit dem Ausschreibungsverfahren, bei dem gesetzliche Fristen einzuhalten seien, begonnen. Man plane, mit den Sanierungsarbeiten zu Beginn der Sommerferien zu starten und rechne mit einer Bauzeit von ca. sechs Wochen, so dass ungefähr Ende September/Anfang Oktober mit der Fertigstellung gerechnet werde. Während der Umbauarbeiten sei eine Nutzung des Geländes nicht möglich. Es sei auch geplant, diesen Zeitplan noch mit den Sportvereinen abzusprechen.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt, so dass der Bürgermeister die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner beendet. Die Sitzung wird mit TOP 5 fortgesetzt.

## **5 Umgestaltung des Busbahnhofes und Rathausplatzes**

### **Vorlage: VIII/0474**

Der Bürgermeister erklärt, dass beabsichtigt sei, bis zur Eröffnung des „Monheimer Tores“, ungefähr Ende September/Anfang Oktober, die Bauarbeiten zur Umgestaltung des Busbahnhofes und des Rathausvorplatzes abgeschlossen zu haben.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass der Vorlage zugestimmt werde. Man wolle allerdings noch einige Hinweise machen, die bei der Ausführung beachtet werden sollten.

1. Die Nachhaltigkeit des Projektes, insbesondere im Hinblick auf eine regelmäßige Reinigung und Grünflächenpflege und einen ordnungsgemäßen Winterdienst, müsse beachtet werden. Hierbei sei ein besonderes Augenmerk auf die Materialien (speziell für den Bodenbelag) zu legen. Die daran gestellten Ansprüche sollten so gestellt werden, dass eine „Mindesthaltbarkeit“ von mindestens 25 Jahren erfüllt werden müssten.

2. Es ist zu prüfen, in welcher Art und Weise bei dem geplanten Glasdach über den Busbahnhof eine Schattenspendung erreicht werden kann.

3. Wichtig sei auch der Erhalt des vorhandenen Schienenpaares als historische Erinnerung an die Kleinbahnen der Rheingemeinden. Dieses Schienenpaar solle bei dem Umbau des Busbahnhofes eingeplant werden.

4. Bei einer geplanten Radwegeführung müsste diese sehr deutlich markiert werden.

Der Bürgermeister sichert zu, diese Hinweise bei der Planung und Umgestaltung zu berücksichtigen.

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Ausführungsplanung des Büros MWM Aachen und vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2011 durch den Rat der Stadt (Realisierung der Verpflichtungsermächtigung aus 2010) die Umgestaltung des Busbahnhofes und des Rathausplatzes vorzunehmen.

Die entsprechenden Bewilligungen von Fördermitteln der Bezirksregierung Düsseldorf für den städtischen Anteil des Rathausplatzes und des VRR für den Anteil der BSM für den Busbahnhof liegen in beantragter Höhe vor.

**einstimmig zugestimmt**

## **6 Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts Vorlage: VIII/0471**

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt in Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen die nachstehende Resolution zur Zukunft und Stärkung der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland.

Die Resolution wird dem Bundesumweltminister, dem Landesumweltminister und der Bundestagsabgeordneten als „Protestnote“ überreicht.

**einstimmig zugestimmt**

## **7 Schenkung des Fördervereins der Peter-Ustinov-Gesamtschule Vorlage: VIII/0484**

### **Beschluss**

1. Der Rat zieht die Entscheidung an sich.

2. Die Stadt nimmt die zweckgebundene Schenkung des Fördervereins der Peter-Ustinov-Gesamtschule in Höhe von 36.242,08 € zur Ausstattung der Schulhöfe mit Sitzmöbeln, Pflanzkästen und Spielgeräten an.

**einstimmig zugestimmt**

**8      Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Weiterführung der Workshoparbeit zum Thema Rheinbogen"**  
**Vorlage: VIII/0502**

Der Bürgermeister erklärt, dass seitens der Verwaltung die Workshoparbeit zum Thema Rheinbogen befürwortet werde. Es werde allerdings für nicht sinnvoll erachtet, wenn nochmals alles von Grund auf diskutiert würde. Statt dessen werde vorgeschlagen, dass dieser Workshop stattfinden solle, bevor der Verwaltungsvorschlag, der sich auf den in dem letzten Workshop erzielten Konsens hinsichtlich der Grenzen und der Ausgestaltung beziehe, in den Fachausschuss eingebracht werde.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen erläutert den Antrag und erklärt, dass nochmals alle bisher Beteiligten und die relevanten Interessengruppen an dem Workshop teilnehmen sollten, um zwischenzeitlich aufgetretene Konflikte durch nochmalige Darlegung der jeweiligen Position im direkten Kontakt zu entschärfen und zu bereinigen.

Ein Sprecher der FDP-Fraktion erklärt seine Zustimmung zu dem Antrag, weil ein Konsens zwischen den jeweiligen Interessengruppen eher in einem Workshop als auf politischer Ebene zu erzielen sei.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion sich an der weiteren Workshop-Arbeit beteilige, mit dem Hintergrund, für die eigene Position zu werben.

Auch die Sprecherin der PETO-Fraktion befürwortet den Antrag. Sie weist allerdings auf die eingangs gemachten Ausführungen des Bürgermeisters hin, wonach keine Diskussion dem Grunde nach mehr erfolgen solle.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, ob der Antrag so zu verstehen sei, dass die Workshoparbeit auch über den Planungsprozess hinaus, nämlich auch begleitend im möglichen Umsetzungsprozess, stattfinden solle.

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion B90/Die Grünen erklärt, dass an einen begleitenden Prozess gedacht werde.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion stellt, unabhängig zu diesem Tagesordnungspunkt, eine Frage zu dem Neubau einer Stahlhalle auf dem Gelände des Reitsport-

vereins, deren Aufbau seit einiger Zeit ruhe.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Baustelle von der Bauaufsicht stillgelegt worden sei, weil für die Errichtung der Halle weder eine Baugenehmigung beantragt noch erteilt worden sei.

### **Beschluss**

Die Workshoparbeit zum Thema Rheinbogen wird zur Begleitung des weiteren Planungsprozesses weitergeführt.

### **einstimmig zugestimmt**

## **9 Bestimmung von Nachfolgern für den stellvertretenden Ausschussvorsitz durch die SPD-Fraktion Vorlage: VIII/0504**

### **Kenntnisnahme**

Der Rat nimmt die Ersatzbenennung der stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und im Wahlprüfungsausschuss durch die SPD-Fraktion zur Kenntnis.

Als stellvertretender Vorsitzender im BKS wird Herr Alexander Schumacher und im Wahlprüfungsausschuss Herr Roland Gunia benannt.

## **10 Mündliche Mitteilungen**

### **10.1 Mitteilung der Verwaltung zu der Anfrage des RH Goldmann - CDU - "Zaunanlage des Sportplatzes an der Sandstraße"**

Die Verwaltung teilt mit, dass aufgrund der Anfrage von Herrn Goldmann mit dem Bauträger Kontakt aufgenommen und eine gemeinsame Besichtigung der Zaunanlage vorgenommen wurde.

Der Bauträger habe sich bereit erklärt, die an der Zaunanlage entstandenen Schäden zu beseitigen.

## **11 Mündliche Anfragen**

### **11.1 Anfrage des Ratsherren Bosbach - CDU - "Halteverbot vor dem Gebäude der BSM an der Daimlerstraße"**

Herr Bosbach fragt nach, wann damit zu rechnen sei, dass das Halteverbotschild auf der Daimlerstraße, das auch den Bereich der Haltestelle des ÖPNV einbezieht,

entfernt werde.

Die Verwaltung sagt kurzfristige Erledigung zu.

**11.2      Anfrage des Ratsherren Schlee - CDU - "Fertigstellungstermin des Kreisverkehrs an der Oranienburger Straße"**

Herr Schlee fragt an, wann endlich mit der Fertigstellung des Kreisverkehrs an der Oranienburger Straße zu rechnen sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass laut Auskunft der bauausführenden Firma am 9. März der letzte Deckenbelag aufgebracht werden solle und danach könne der Kreisverkehr für den Verkehr freigegeben werden.

**11.3      Anfrage des Ratsherren Poell - B90/Grüne - "Sachstand Aufstellung des Fotoautomaten im Bürgerbüro"**

Herr Poell erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich des Fotoautomaten, der im Bürgerbüro aufgestellt wurde.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Fotoautomat weiterhin nicht in Betrieb sei, da die Zertifizierung für den Automaten noch nicht vorliege.

Nach erfolgter Zertifizierung werde die Verwaltung im Fachausschuss eine Beschlussvorlage einbringen, mit dem Ziel den Bürgern die Nutzung des Fotoautomaten im Bürgerbüro zur Verfügung zu stellen.

**11.4      Anfrage des Ratsherren König - CDU - "Ausrichtung der Schilder am Schilderbaum Städtepartnerschaften"**

Herr König weist darauf hin, dass die Hinweisschilder der Partnerstädte am Schilderbaum vor dem Rathaus s.E. eindeutig nicht in die richtigen Richtungen ausgerichtet worden seien.

Die Verwaltung sagt zu, diesem Hinweis nachzugehen und zu berichten.

**11.5      Anfrage des Ratsherren Nieswand - SPD - "Müllansammlung auf dem Bolzplatz im Grünzug Brandenburger Allee"**

Herr Nieswand weist darauf hin, dass auf dem nicht mehr genutzten Bolzplatz im Grünzug der Brandenburger Allee sich Unmengen an Müll und Laub angesammelt habe. Er bittet um Säuberung der Anlage.

Die Verwaltung sagt Erledigung zu.

**11.6      Anfrage des Ratsherren Nieswand - SPD - "Zaunanlage an der Bushaltestelle Erich-Klausener-Straße"**

Herr Nieswand weist auf die defekte Zaunanlage an der Bushaltestelle Erich-Klausener-Straße hin. Er bittet die Verwaltung um Kontaktaufnahme mit der Eigentümerin, damit diese eine Reparatur der Zaunanlage veranlasst.

Die Verwaltung sagt schriftliche Antwort zu.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin